

Resolution

der Delegierten-Vollversammlung der AGABY

Migration und das Recht sich frei zu bewegen sind Menschenrechte!

Ja zu Europa, Ja zur Einwanderung, Nein zu Rassismus!

Die Ausländer- und Integrationsbeiräte Bayerns fordern die Bayerische Staatsregierung auf, die Bevölkerung über die Notwendigkeit und Chancen der Migration aufzuklären und rassistischer Hetze gegen Eingewanderte mit einer „Willkommens- und Anerkennungskultur“ entschieden entgegenzutreten.

Migration ist so alt wie die Menschheit und somit ein „normales“ Phänomen. Zwischen 1991 und 2012 wanderten 20,0 Millionen Menschen ein. Im gleichen Zeitraum verließen auch 15,1 Millionen Menschen das Bundesgebiet, darunter 12,3 Millionen ausländische Staatsangehörige.¹ Als Exportweltmeister hat Deutschland in hohem Maß von der Mobilität der Menschen und dem freien Warenverkehr profitiert. Auch in Zukunft werden wir nicht zuletzt aufgrund der demographischen Entwicklung auf Migration angewiesen sein. Die europäische Mobilität und die Freizügigkeit für Bulgar/innen und Rumän/innen mit „Armutszuwanderung“ gleichzusetzen und Ängste zu schüren, ist verlogen und kommt einer geistigen Brandstiftung gleich. Fakt ist, dass Deutschland enorm von der Zuwanderung aus EU-Ländern profitiert. Die gute Ausbildung der Eingewanderten wurde von den jeweiligen Herkunftsländern geleistet. Viele Eingewanderten, auch aus Bulgarien und Rumänien, stärken die Wirtschaft in Deutschland. Viele haben zudem einen Hochschulabschluss in einem der so genannten MINT-Fächer und sind auf dem deutschen Arbeitsmarkt besonders nachgefragt.²

Was die kleinere Gruppe von Eingewanderten angeht, die aus verschiedenen Gründen – unter anderem Diskriminierung in den Heimatländern oder fehlende wirtschaftliche Perspektiven – nach Deutschland kommen, so besitzt Deutschland die Kraft und die Verpflichtung auch sie zu unterstützen und zu integrieren. Ihnen muss Zugang zu Bildung, Weiterbildungsmaßnahmen und zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Insbesondere Bildungschancen für ihre Kinder sind notwendig, im Interesse der Menschen, unseres Landes und Europas. Angst vor Migration und Mobilität zu schüren, ist Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten und rechtsradikalen Kräfte. Vielmehr müssen Bürgerinnen und Bürger über die Notwendigkeit und die Chancen der Migration aufgeklärt und ihre zum Teil irrationalen Ängste abgebaut werden.

Die Ausländer- und Integrationsbeiräte Bayerns fordern die Bayerische Staatsregierung deshalb auf:

- sich für die Einwanderung als Menschenrecht einzusetzen
- eine „Willkommens- und Anerkennungskultur“ als gesellschaftliche und staatliche Aufgabe zu fördern und umzusetzen
- Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssystem sicherzustellen
- Bildung und Weiterbildung für nicht qualifizierte Eingewanderte als Teillösung des Fachkräftemangels zu ermöglichen

Augsburg, den 30. März 2014

¹ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014): Migrationsbericht 2012, Seite 13 ff.

² Sachverständigenrats der deutschen Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (2013): Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland – Jahresgutachten 2013 mit Migrationsbarometer. Berlin. Seite 99 ff.